

An die Oberbürgermeisterin  
der Stadt Bochum  
Frau Dr. Ottilie Scholz

Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1-3  
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296  
Fax: (0234) 910 - 1297  
email: linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 23.10.2012

## **Anfrage**

zur Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 25.10.2012

### **Fortführung Sozialticket – Vorlage 20122160**

In der o.g. Mitteilung werden Zahlen einer Marktforschung zur Effektivität des bisherigen „Sozialtickets“ herangezogen. Zu dieser Befragung und ihrer Ergebnisse hat die Linksfraktion folgende Fragen:

1. Wer hat die Marktforschung durchgeführt und mit welcher Methode?
2. Wie viele Nutzer\_innen und Nicht-Nutzer\_innen wurden befragt? Ist die Erhebung repräsentativ?
3. Wo wurden die Personen befragt, z.B. vor den Jobcentern?

In Kreisfreien Städten mit einer Einwohnerschaft von über 325 000 Personen soll das Defizit im Durchschnitt bei 13,29 Euro pro Monat liegen.

4. Wie viele neue Kunden und Kunden konnten gewonnen werden? Wie groß waren die Zusatzeinnahmen?
5. Wie viele Kundinnen und Kunden sind von einem teureren Ticket auf das preiswertere „Sozialticket“ umgestiegen? Wie groß waren die Mindereinnahmen?

Es wird ausgeführt, dass von mehr als der Hälfte der Befragten das Ticket als teuer bzw. zu teuer eingestuft wird.

6. Gibt es seitens des VRR Modellrechnungen, wie viele Neukundinnen und Neukunden und damit Zusatzeinnahmen durch eine Preissenkung auf 15 Euro erreicht werden könnten, bzw. durch Einführung eines entsprechenden Vierertickets?

Durch die kreisweite Erweiterung des Sozialtickets in den kreisangehörigen Gemeinden wird mit einer 50-prozentigen Zunahme der Nachfrage gerechnet.

7. Wie stark könnte die Nachfrage steigen, wenn das Sozialticket auch in den Ballungsräumen, wie dem Ruhrgebiet, städteübergreifende Gültigkeit hätte?
8. Wie hoch wären die Zusatzkosten?
9. In der Vorlage wird erwähnt, dass sich mit einer verbesserten Informationspolitik zusätzliche Potentiale erschließen lassen. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung für eine verbesserte Informationspolitik?
  
10. Wie können die Ergebnisse der Befragung den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Verfügung gestellt werden?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

Für die Fraktion

Ernst Lange